

Antrag Nr. 05-F-02-0032

CDU-Fraktion

Betreff:

Zukunft des Landeswohlfahrtsverbandes
Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.05.2005 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass es beim Hessischen Sozialministerium zur Bildung einer Arbeitsgruppe gekommen ist, die zu überprüfen hat, ob der bisherige Zuständigkeitskatalog des LWV beizubehalten ist oder verändert werden soll. Der LWV verlangt seinen Trägern über die Umlage Jahr für Jahr höhere Finanzmittel ab. Da sich diese Entwicklung bis mindestens 2010 fortsetzen wird und die Träger schon jetzt an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen sind, muss sich der Verband diesem Prozess der Aufgabenkritik unterziehen.

Parallel dazu hat der LWV ein Gutachten erstellen lassen, das sich mit der Zukunft der Einrichtungen befasst. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass 9 Einrichtungen des Verbandes schon in den nächsten 3 Jahren Defizite einfahren, falls keine Maßnahmen ergriffen werden, die zu deutlichen Verbesserungen und Produktivitätssteigerungen führen. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegenüber den Gremien des LWV dafür aus, alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen, weil nur auf diesem Weg verhindert werden kann, dass die Umlage zur Tilgung von Fehlbeträgen herangezogen wird.

Im Interesse der LWV-Bediensteten der Regionalverwaltung Wiesbaden fordert die Stadtverordnetenversammlung den Erhalt dieser Außenstelle. Nachdem die Hessische Sozialministerin angekündigt hat, eine Reform des Verbandes dürfe in Nordhessen nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen führen, sollte für den Bereich der Landeshauptstadt das Gleiche gelten.

Begründung:

Wiesbaden, 02.05.2005

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Geschäftsführer